

Müllgeschäft nicht den Privaten überlassen



Mit stinkendem, unsortiertem Müll gefüllte denkmalgeschützte Travertinhalle im ‚Recyclingpark‘ Neckartal. Fotos: Juni und Nov. 2018

Das duale Recyclingsystem – der Grüne Punkt - ist gescheitert

Henning Wilts, Experte für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie geht davon aus, dass gerade mal **5,6 % des Plastikabfalls recycelt** wird. Für Müllexporte, immerhin 1,2 Mio. Tonnen 2017, gibt es nicht einmal die Pflicht nachzuweisen, ob der Dreck wieder verwertet oder verbrannt wurde oder einfach auf Deponien landete (Spiegel, 19.1.2019).

Rumänien wird als Müllkippe Europas missbraucht

Im Juni 2016 stoppte die rumänische Polizei 16 Laster an der Grenze zu Ungarn. Etwa 20.000 kg Müll hatte jeder LKW geladen, die meisten kamen aus Deutschland (Spiegel, s.o).

Der Müll, heißt es in einem internen Bericht, der dem Spiegel vorliegt, habe stechend gestunken, sei unsortiert und schmutzig gewesen. Die Laster waren illegal unterwegs, genannt wird **ALBA**, einer der größten deutschen Müllentsorger. **Rumänien** ist das **europäische China**, nach 2018 das europäische Malaysia (Spiegel, s.o).

Immer mehr Verpackungsmüll

Der Grüne Punkt – DSD - wurde 2005 von der Heuschrecke KKR übernommen, 2018 von Remondis. Das private System hat versagt und das Verpackungsgeschäft erst richtig belebt. Die Verpackungsflut wird immer größer. Das deutsche Unternehmen Remondis ist in kürzester Zeit weltweit expandiert, u.a nach Osteuropa. Müllgeschäfte können lukrativ sein.



LKWs mit osteuropäischen Kennzeichen auf dem



Gelände des Recyclingpark Neckartal



Müll verteilen - Müll verdünnen und die Umwelt vergiften?

Aber vor allem darf das Müllgeschäft nicht der Privatwirtschaft überlassen werden. In der Heilbronner Gegend fanden Umweltschützer auf **Waldböden** umfangreiche **gifthaltige Recyclingschotter**-Ablagerungen. Nach SWR-Angaben ist das bei weitem nicht die einzige Stelle in Baden-Württemberg (Zur Sache Baden-Württemberg v. 10.1.2019, 20.15 h).

Der Staat und die Kommunen müssen Verantwortung übernehmen

Kommunale Betriebshöfe müssen keinen maximalen Profit machen. Sie haben keinen ökonomischen Druck, Müll illegal zu verschieben. Die Kommune kann auch kleinere Schritte selbst einleiten. So hat Tübingen beschlossen, Einwegverpackungen finanziell zu belasten.

Kommunale Wertstoffhöfe in Stuttgart ausbauen

In Stuttgart wurde der innerstädtische Wertstoffhof in der Türlenstraße und ein Teilbereich des Betriebshofs in der Heinrich-Baumann-Straße geschlossen. Kommunale Wertstoffhöfe schicken Kunden mit gifthaltigem Müll zum privaten Recyclingpark Neckartal.

Stiehlt sich die Stadt aus ihrer Verantwortung?

Wir fordern von der Stadt Stuttgart, die Genehmigung für den derzeit **laufenden Betrieb** der Recyclingpark Neckartal GmbH zu **kündigen**. Eine Möglichkeit ist auch, die Pachtverträge für die beiden stadteigenen Teil-Grundstücke und für die Straße auf dem Betriebsgelände aufzulösen.

Das Regierungspräsidium Stuttgart darf den aktuellen Antrag der Recyclingpark Neckartal GmbH auf **Ausweitung** des Betriebs für die gesamte Wirtschaftsregion Stuttgart **nicht genehmigen!**

- **Stilllegung des laufenden Betriebs ‚Recyclingpark Neckartal GmbH‘!**
- **Keine Genehmigung für den überregionalen Müll-Umschlagplatz!**
- **Übernahme des Müll- und Recyclinggeschäfts durch die Stadt**

